

Stand: 22.04.2026 12:20:11

Vorgangsmappe für die Drucksache 19/8930

"Betrug im Einbürgerungsverfahren verhindern II: Schaffung von rechtlichen Konsequenzen im Einbürgerungsverfahren"

---

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 19/8930 vom 17.11.2025
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 19/9868 des VF vom 04.12.2025
3. Plenarprotokoll Nr. 70 vom 10.02.2026



## Antrag

der Abgeordneten **Petra Guttenberger, Holger Dremel, Michael Hofmann, Prof. Dr. Winfried Bausback, Dr. Alexander Dietrich, Norbert Dünkel, Jürgen Eberwein, Thorsten Freudenberger, Alfred Grob, Josef Heisl, Thomas Holz, Dr. Stephan Oetzinger, Martin Stock, Karl Straub, Peter Wachler** CSU,

**Florian Streibl, Felix Locke, Martin Scharf, Tobias Beck, Martin Behringer, Dr. Martin Brunnhuber, Susann Enders, Stefan Frühbeißer, Johann Groß, Wolfgang Hauber, Bernhard Heinisch, Alexander Hold, Marina Jakob, Michael Koller, Nikolaus Kraus, Josef Lausch, Christian Lindinger, Rainer Ludwig, Ulrike Müller, Prof. Dr. Michael Piazzolo, Bernhard Pohl, Julian Preidl, Anton Rittel, Markus Saller, Werner Schießl, Gabi Schmidt, Roswitha Toso, Roland Weigert, Jutta Widmann, Benno Zierer, Felix Freiherr von Zobel, Thomas Zöller** und  
**Fraktion (FREIE WÄHLER)**

### **Betrug im Einbürgerungsverfahren verhindern II: Schaffung von rechtlichen Konsequenzen im Einbürgerungsverfahren**

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass sowohl die versuchte als auch die tatsächlich erfolgte Nutzung gefälschter (Sprach-)Zertifikate zur Erlangung der deutschen Staatsbürgerschaft über die strafrechtliche Relevanz hinaus auch Konsequenzen im Einbürgerungsverfahren mit sich bringt. Konkret ist dafür ein weiterer Ausschlussgrund in § 11 Staatsangehörigkeitsgesetz (StAG) aufzunehmen.

### **Begründung:**

Nach § 35 StAG kann eine rechtswidrige Einbürgerung bis zu zehn Jahre nach der Bekanntgabe der Einbürgerung zurückgenommen werden, wenn der Verwaltungsakt durch arglistige Täuschung, Drohung oder Bestechung oder durch vorsätzlich unrichtige oder unvollständige Angaben, die wesentlich für seinen Erlass gewesen sind, erwirkt worden ist. Blieb die Täuschung durch gefälschte Zertifikate oder unrichtige Angaben lediglich im Versuchsstadium, ist dies für das weitere Einbürgerungsverfahren grundsätzlich folgenlos.

Zwar enthält § 42 StAG einen Straftatbestand für aufgrund unrichtiger oder unvollständiger Angaben zu wesentlichen Einbürgerungsvoraussetzungen ersichene Einbürgerungen. In Fällen gefälschter Zertifikate werden die eingeleiteten Strafverfahren jedoch regelmäßig eingestellt. Selbst bei etwaigen Verurteilungen bleiben diese häufig unter der in § 12a StAG festgelegten Bagatellgrenze von Verurteilungen zu einer Geldstrafe von bis zu 90 Tagessätzen. Der Einbürgerungsbewerber kann nach erfolgreichem Ablegen der jeweiligen Tests trotzdem noch eingebürgert werden.

Wer im Einbürgerungsverfahren betrügt, missachtet nicht nur die Regeln, sondern stellt sich klar in Widerspruch zu unserem Rechtsstaat. Solch ein Verhalten ist nicht akzeptabel und muss zu Konsequenzen im Einbürgerungsverfahren führen.

Daher ist es erforderlich, die Nutzung gefälschter Zertifikate zur Erlangung der deutschen Staatsbürgerschaft auch dann zu sanktionieren, wenn die Täuschung der Einbürgerungsbehörde im Versuch endete oder die Verurteilung unter der festgelegten Bagatellgrenze blieb.



## **Beschlussempfehlung und Bericht**

des Ausschusses für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

Antrag der Abgeordneten Petra Guttenberger, Holger Dremel, Michael Hofmann  
u.a. CSU,  
Florian Streibl, Felix Locke, Martin Scharf u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)  
Drs. 19/8930

**Betrug im Einbürgerungsverfahren verhindern II: Schaffung von rechtlichen  
Konsequenzen im Einbürgerungsverfahren**

### **I. Beschlussempfehlung:**

Zustimmung

Berichterstatter: **Karl Straub**  
Mitberichterstatterin: **Gülseren Demirel**

### **II. Bericht:**

1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration federführend zugewiesen. Weitere Ausschüsse haben sich mit dem Antrag nicht befasst.
2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 36. Sitzung am 4. Dezember 2025 beraten und einstimmig Zustimmung empfohlen.

**Petra Guttenberger**  
Vorsitzende

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Präsidentin Ilse Aigner

**Präsidentin Ilse Aigner:** Ich rufe **Tagesordnungspunkt 2** auf:

### **Abstimmung**

**über Anträge, die gem. § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage)**

Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die endgültige Abstimmliste.

(Siehe Anlage)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des jeweiligen Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion entsprechend der endgültigen Abstimmliste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist das gesamte Hohe Haus. Gibt es Gegenstimmen? – Ich sehe keine. Enthaltungen? – Ich sehe auch keine Enthaltungen. Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

## Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über die nicht einzeln zu beratenden Anträge zugrunde gelegt wurden (Tagesordnungspunkt 2)

Es bedeuten:

- (E) einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses
- (G) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen
- (ENTH) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen  
oder  
Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss
- (A) Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder  
Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss
- (Z) Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

1. Antrag der Abgeordneten Harald Meußgeier, Christin Gmelch, Gerd Mannes und Fraktion (AfD)  
Unverzöglichen Rücknahme der CO<sub>2</sub>-Reduktionsziele für Lkw-Anhänger der EU-Verordnung 2024/1610  
Drs. 19/8451, 19/9870 (A)

**Über den Antrag wird gesondert beraten.**

2. Antrag der Abgeordneten Nicole Bäuml, Dr. Simone Strohmayer, Holger Griebhammer u.a. SPD  
Keine Einschränkungen der Teilzeitmöglichkeiten für Lehrkräfte – Freistaat muss endlich bei Personalversorgung liefern  
Drs. 19/8530, 19/9864 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Fragen des öffentlichen Dienstes

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

3. Antrag der Abgeordneten Florian Streibl, Felix Locke, Martin Scharf u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Petra Guttenberger, Thomas Huber, Prof. Dr. Winfried Bausback u.a. CSU  
Für mehr Schutz vor häuslicher Gewalt: Schutzlücken im Gewaltschutzgesetz schließen  
Drs. 19/8677, 19/9863 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> ENTH	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

4. Antrag der Abgeordneten Florian Streibl, Felix Locke, Tobias Beck u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Kerstin Schreyer, Martin Wagle, Dr. Stefan Ebner u.a. CSU  
Die Nahversorgung im ländlichen Raum sichern – Rollende Supermärkte von der LKW-Maut ausnehmen!  
Drs. 19/8680, 19/9871 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Wohnen, Bau und Verkehr

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> ENTH	<input checked="" type="checkbox"/> ENTH	<input checked="" type="checkbox"/> A

5. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Andreas Birzele u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Schutz bayerischer Handwerksbetriebe und kleiner und mittlerer Unternehmen vor existenzbedrohenden Rückforderungen bei Insolvenzverfahren  
Drs. 19/8712, 19/9865 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input checked="" type="checkbox"/> A	<input checked="" type="checkbox"/> A	<input checked="" type="checkbox"/> A	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> ENTH

6. Antrag der Abgeordneten Florian Streibl, Felix Locke, Martin Scharf u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Holger Dremel, Petra Guttenberger, Prof. Dr. Winfried Bausback u.a. CSU  
Abgestimmte Ent- bzw. Weiterentwicklung von GeFa und Polizei 20/20 sicherstellen!  
Drs. 19/8772, 19/9866 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

7. Antrag der Abgeordneten Florian Streibl, Felix Locke, Susann Enders u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Bernhard Seidenath, Tanja Schorer-Dremel, Dr. Andrea Behr u.a. CSU  
Psychische Erkrankungen brauchen flexible Regelungen  
Drs. 19/8774, 19/9889 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Gesundheit, Pflege und Prävention

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

8. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier, Martin Böhm u.a. und Fraktion (AfD)  
Klimairrsinn beenden: Umwelt und Menschen vor den negativen Auswirkungen der sogenannten grünen Transformation schützen!  
Drs. 19/8832, 19/9830 (A)

**Über den Antrag wird gesondert beraten.**

9. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Dr. Simone Strohmayr, Nicole Bäuml, Doris Rauscher u.a. und Fraktion (SPD)  
Zügige Umsetzung des Gewalthilfegesetzes des Bundes in Bayern sicherstellen – Schutz und Beratung für Betroffene von häuslicher und geschlechtsspezifischer Gewalt ausbauen  
Drs. 19/8888, 19/9819 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

10. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Sanne Kurz u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Kulturelle Teilhabe junger Menschen nachhaltig stärken –  
Einführung des Programms „KulturStarter Bayern“  
Drs. 19/8911, 19/9900 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Wissenschaft und Kunst

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

11. Antrag der Abgeordneten Katja Weitzel, Holger Grießhammer, Volkmar Halbleib u.a. und Fraktion (SPD), Verena Osgyan, Benjamin Adjei, Johannes Becher u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Künstliche Intelligenz in der Hochschullehre –  
Anhörung zu Chancen, Risiken und politischen Handlungsbedarfen  
Drs. 19/8915, 19/9901 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Wissenschaft und Kunst

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

12. Antrag der Abgeordneten Petra Guttenberger, Holger Dremel, Michael Hofmann u.a. CSU, Florian Streibl, Felix Locke, Martin Scharf u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)  
Betrug im Einbürgerungsverfahren verhindern I: Fälschungssicherheit von Zertifikaten im Einbürgerungsverfahren sicherstellen  
Drs. 19/8929, 19/9867 (E)

**Über den Antrag wird gesondert beraten.**

13. Antrag der Abgeordneten Petra Guttenberger, Holger Dremel, Michael Hofmann u.a. CSU, Florian Streibl, Felix Locke, Martin Scharf u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)  
Betrug im Einbürgerungsverfahren verhindern II: Schaffung von rechtlichen Konsequenzen im Einbürgerungsverfahren  
Drs. 19/8930, 19/9868 (E)

**Über den Antrag wird gesondert beraten.**

14. Antrag der Abgeordneten Bernhard Seidenath, Tanja Schorer-Dremel, Dr. Andrea Behr u.a. CSU, Florian Streibl, Felix Locke, Susann Enders u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)  
Arzneimittelversorgung verbessern, Nutzenbewertung und Preisverhandlungen für neue Arzneimittel vereinfachen  
Drs. 19/8940, 19/9890 (G)

**Über den Antrag wird gesondert beraten.**

15. Antrag des Abgeordneten Ralf Stadler AfD  
Weihnachtsgeld und Urlaubsgeld steuerfrei stellen – Entlastung für Bayerns Arbeitnehmer und Stärkung der heimischen Wirtschaft!  
Drs. 19/9018, 19/9902 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

16. Antrag der Abgeordneten Ralf Stadler, Gerd Mannes, Harald Meußgeier und Fraktion (AfD)  
Brennholz weiterhin trotz EU-Verordnungen als nachhaltiges Brennmaterial nutzen  
Drs. 19/9025, 19/9887 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Tourismus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

17. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Christian Zwanziger u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Waldinfrastruktur erhalten: Bänke, Informationstafeln oder Schutzhütten in bayerischen Wäldern müssen weiter zur Verfügung stehen  
Drs. 19/9079, 19/9888 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Tourismus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>